



Schwerpunktt Themen der SVP GR für den Wahlkampf 2022

Grundlage ist das SVP-Parteiprogramm 2019 bis 2023

- ✓ Unabhängigkeit und Eigenständigkeit der Schweiz
- ✓ Volksrechte nicht aushebeln
- ✓ Ausländer- und Asylpolitik
- ✓ Tiefere Steuern für alle / Stopp dem Staatsausbau
- ✓ Energiepolitik
- ✓ Verkehrspolitik
- ✓ Bildungspolitik
- ✓ Landwirtschaftspolitik
- ✓ Tourismus/Wirtschaft
- ✓ Covid-19
- ✓ Gesundheitspolitik

Unabhängigkeit und Eigenständigkeit der Schweiz

Kernanliegen:

- ✓ **Wir kämpfen für Freiheit, Unabhängigkeit und Neutralität sind die Fundamente der Schweiz. Sie geben uns persönliche und wirtschaftliche Sicherheit;**
- ✓ **Wir lehnen Entscheide von EU-Richtern, denen sich die schweizerische Rechtsprechung zu beugen hat, klar ab;**
- ✓ **Wir müssen unsere Landesgrenzen wieder selber kontrollieren können; unkontrollierte Massenzuwanderung zerstört unsere demokratischen, kulturellen und wirtschaftlichen Strukturen;**
- ✓ **Wir verlangen vom Bundesrat und seinen Diplomaten, dass sich diese vollumfänglich, ehrlich und mit Mut und Herzblut ausschliesslich für die Anliegen der Schweiz einsetzen.**

SVP Graubünden

Die SVP Graubünden hat sich als einzige Partei konsequent für diese Anliegen eingesetzt und zusammen mit dem Volk einige wichtige Meilensteine gesetzt. Eine klare, eigenständige Positionierung ist zentral für die Politik der SVP.

Erläuterungen

Der Erfolg der Schweiz basiert seit Jahrhunderten auf der Eigenständigkeit und der Unabhängigkeit. Gemäss Bundesverfassung schützt die Schweizerische Eidgenossenschaft die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes. Dabei ist unser Land offen gegenüber aussen, aber neutral! Wir akzeptieren keine fremden Richtersprüche, keine automatische EU-Rechtsübernahme noch die EU-Bürgerrichtlinien. Das Schweizervolk hält an seinen eigenen und bewährten Bürgerrechten fest.

Mit „Fake News“ in der Beziehung Schweiz/EU versuchen sämtliche Parteien mit Ausnahme der SVP den Bürgerinnen und Bürgern Angst zu machen und träumen weiter von einem institutionellen Rahmenabkommen. Tatsache ist, die Schweiz hat mit dem Freihandelsvertrag von 1972 sowie mit weiteren bilateralen Abkommen und den WTO – Richtlinien freien Marktzugang in der EU. Die Schweiz will jedoch nicht Mitglied des EU-Binnenmarktes sein. Dies würde heissen, als neutrales, weltoffenes Land die eigenständige Aussenhandelspolitik aufzugeben, die Binnenmarkt-Gesetze der EU automatisch zu übernehmen, grenzenlose Personenfreizügigkeit uneingeschränkt weiter zu führen. Also unwiderruflicher Abbau der direkten Demokratie.

Volksrechte nicht aushebeln

Kernanliegen:

- ✓ Wir verlangen, dass die Volksrechte respektiert werden und eingereichte Initiativen in Zweifelsfällen immer vors Volk kommen;
- ✓ Wir erwarten, dass die vom Volk gewählte „Classe-Politique“ Volksentscheide akzeptiert und ohne Wenn und Aber umgesetzt.

SVP Graubünden

Die SVP Graubünden war in den letzten Jahren die einzige Partei welche sich konsequent für die Volksrechte eingesetzt hat.

Erläuterungen

Nachdem die „Classe Politique“ zahlreiche Probleme vor sich herschiebt, kam es in den letzten Jahren zu mehreren erfolgreichen Volksinitiativen, welche der Politik „Beine machen“ wollten.

Dazu einige Beispiele:

- Gerechte Wahlen in den Grossen Rat - verschiedene Proporzinitiativen
- Neuregelung der Bündler Sonderjagd - Sonderjagdinitiative
- Vernünftiger Umgang mit Fremdsprachen für unsere Kinder – Fremdspracheninitiative

Demokratie bedeutet Volksherrschaft. Die verantwortlichen Behörden sind Diener des Volkes. Es ist klar, dass wenn diese Aufgabe nicht entsprechend befolgt wird, das Volk sich wehrt.

Die Volksherrschaft war immer Garant gegen Exzesse. Sie garantiert auch unsere Unabhängigkeit und Freiheit.

In den letzten Jahren macht sich eine Tendenz bemerkbar welche Volksrechte einzuschränken. Gruppierungen wollen das Initiativrecht beschränken. Der Grosse Rat hat Initiativen im Zweifelsfall wiederholt für ungültig erklärt. Es ist gefährlich, in diesem Bereich Konzessionen zu machen.

Dass es sogar gesetzeswidrig ist, mit Volksrecht so umzugehen, hat das Bundesgericht bei der Fremdspracheninitiative, bestätigt. Diese wurde vom Parlament für ungültig erklärt, vom Bundesgericht hingegen für gültig. Die SVP Graubünden hat sich im Grossen Rat immer für die Gültigkeit der Fremdspracheninitiative eingesetzt. Regierung und mehr als zwei Drittel des Grossen Rates haben die Initiative hingegen für ungültig erklärt. Die SVP Graubünden wurde gegen ihren Widerstand von der Ratsmehrheit überstimmt, dies obwohl bereits bei der Grossratsdebatte klar war, dass es sich bei dieser Initiative nicht um einen offensichtlichen Verstoss gegen übergeordnetes Recht handeln kann. Sträflich wurde der Grundsatz „in dubio pro populo“ von unserer Politelite verletzt.

Kernanliegen:

- ✓ **Wir verlangen, dass die Polizeikräfte so dotiert und ausgerüstet werden, dass sie Terrorismus und Kriminalität, inklusive Cyber-Kriminalität, wirksam bekämpfen können;**
- ✓ **Wir erwarten, dass die Erteilung vorläufiger Aufnahmen von abgelehnten Asylsuchenden massiv reduziert und auf wenige Einzelfälle beschränkt werden und verfügte Wegweisungen konsequent vollzogen werden;**
- ✓ **Wir fordern, dass die Höhe der Sozialhilfeleistungen wieder durch die Gemeinden selbst festgelegt werden können und die vom Kanton erlassene Verbindlicherklärung der SKOS-Richtlinien aufgehoben wird;**
- ✓ **Wir verlangen, dass die Zuwanderung auf ein vernünftiges Mass reduziert wird und von der Schweiz selbständig gesteuert werden kann, wie dies die vom Volk angenommene Masseneinwanderungsinitiative verlangt;**
- ✓ **Wir fordern, dass die Schweizer Südgrenze intensiv kontrolliert und illegal Einreisende konsequent zurückgewiesen werden.**
- ✓ **Gegenüber dem Bund muss sichergestellt werden, dass die Zollverwaltung, im Zuge ihrer Reorganisation (Projekt DaziT), nicht beabsichtigt die Talschaften und die Grenzübergänge an der Front zu verlassen. In den Talschaften müssen genug grosse Arbeiterteams vorhanden sein, welche eine Abdeckung der Hauptverkehrszeiten (Reisenden- wie auch Handelswarenverkehr) gewährleisten kann und auch in den Nacht- und Wochenendstunden Präsenz zeigen kann.**
- ✓ **Wir verlangen, dass die Bündner-Regierung zusammen mit dem Bund, aktiver und stärker gegen die Mafia in unserem Kanton vorgeht.**

SVP Graubünden

Die SVP Graubünden hat sich als einzige Partei konsequent mit den Problemen der Sicherheit, der Asylfragen und Zuwanderung befasst und eine klare Linie vertreten.

Erläuterungen

Sicherheitspolitik ist eine Verbundaufgabe. Der Bund kann ohne Kantone und Städte/Gemeinden keine vernünftige und wirksame Sicherheitspolitik machen, genauso wie das umgekehrt auch nicht geht. Es kann in der Schweiz nur eine Sicherheitspolitik geben, und diese muss von Bund, Kantonen und Gemeinden zusammen gestaltet und getragen werden.

Sicherheitspolizeiliche Vorgaben im Kanton Graubünden

Ziel ist, dass die Bevölkerung des Kantons Graubünden ihr Umfeld als sicher wahrnimmt und in ihrem Verhalten in positivem Sinne unterstützt wird. Der Kanton Graubünden wird positiv wahrgenommen durch eine professionelle Bewältigung von Grossanlässen und -ereignissen ohne Folgeschäden.

Die Innere Sicherheit prägen seit Jahren drei operationelle Schwerpunkte:

1. Herausforderungen mit dem islamistischen Terror und Extremismus (links/rechts)
2. Herausforderungen mit der Migrations- und Flüchtlingskrise (-Politik)
3. Cyber Spionage und Cyber Crime (Risiken im Cyber Raum)
 - Eine starke, umfassende und prioritäre Bekämpfung des dschihadistischen Terrorismus (inkl. Dschihadreisende und –rückkehrer) sowie auch eine stärkere Bekämpfung des Linksextremismus und des Rechtsextremismus sind zwingend. Die Polizei ist dazu mit genügend personellen, finanziellen und materiellen Mitteln auszurüsten und aufzudotieren (Waffen, Schutzwesten, Fahrzeugen etc.). Die Gesetzgebung im Terrorbereich ist zu verschärfen und die Rechtsanwendung ist konsequent und mit der maximalen Härte zu erfolgen.

Gewalt gegen die Polizei, wie sie zum Beispiel von linksautonomen rechtsfreien Gebiet der Reithalle in Bern ausgeht und die enorme Gewalt der Linksextremisten gegen die Polizei am G20 Gipfel in Hamburg sind absolut nicht tolerierbar und sind rigoros zu bekämpfen und zu ahnden. Diese Zeichen gegen Gewalt an Polizisten sind auch in Graubünden zu setzen und sind wichtig für die Grossanlässe wie das WEF, das Churer Fest und verschiedene Open Air Veranstaltungen.

- Die Ausländerkriminalität, der Kriminaltourismus und in jüngerer Zeit die stark steigende Präsenz der Mafia sind mit allen Mitteln zu bekämpfen. Dazu ist die polizeiliche Präsenz im Kanton und der Bestand des Grenzwachtkorps in den Bündner Südtälern entsprechend zu erhöhen. Zudem fordern wir, dass die Ausschaffungsinitiative nun endlich, wie mit der Annahme vom Volk gefordert, umgesetzt wird und zur Anwendung gelangt. Deliktische und dissoziale Ausländerinnen und Ausländer sind konsequent des Landes zu verweisen und dies nicht nur bei schwersten Gewalt- und Vermögensdelikten.
- Die Bedrohung im Cyber-Raum ist vielfältig (Online-Betrug, Erpressung, Phishing –Attacken mit Erpressungstrojanern, Datendiebstahl, Sextortion, Cyberattacken etc.). Die Aufklärung von Straftaten kann ohne Sicherstellung und Auswertung von digitalen Beweismitteln kaum mehr erfolgreich sein. Der Weiterausbau eines Cybercrime-Dienstes (CYC) im Kanton Graubünden, mit dem Ziel, Täter schnell zu identifizieren, zu lokalisieren, der Strafverfolgung zuzuführen und danach abzuurteilen, ist damit unumgänglich. Der Kantonspolizei und den Strafverfolgungsbehörden sind genügend personelle und finanzielle Mittel zuzuweisen, damit das Internet nicht zu einem rechtsfreien Raum wird.
- Die Zahl der sogenannt "Vorläufig Aufgenommene (VA)" ist stark im Zunehmen begriffen. Obwohl das Asylgesuch abgelehnt wurde, können diese Personen auf unbestimmte Zeit in der Schweiz bleiben. Vorläufige Aufnahmen sind daher unverzüglich massiv zu reduzieren; die VA ist nur noch in absolut erforderlichen Einzelfällen zu gewähren. Wir fordern auch, dass die vom Volk angenommene Ausschaffungsinitiative endlich umgesetzt wird und verfügte Wegweisungen konsequent vollzogen werden. Schon heute sind nicht mehr alle Gemeinden in der Lage, für die auf sie übergehenden Sozialhilfeleistungen aufzukommen.
- Für das Asylwesen wird seitens des Bundes keine Vollkostenrechnung, also auch sämtliche Kosten der Kantone und Gemeinden, ausgewiesen. Entsprechende Erhebungen im 2015 haben ergeben, dass die Vollkostenrechnung im Asylbereich Kosten von jährlichen 6 – 7 Milliarden Franken verursachen. Ein nicht unerheblicher Teil betrifft die Fürsorgeleistungen. Wir fordern deshalb, dass die von der Bündner Regierung im 2002 für die Gemeinden verbindlich erklärten SKOS Richtlinien aufzuheben sind. Jede Gemeinde soll wieder selbständig die Höhe der von ihr zu leistende Sozialhilfe entscheiden und festlegen können.
- Bei der Zuwanderung ist die Anzahl neu einreisender Ausländer wieder auf ein vernünftiges Mass zu reduzieren, damit dieses, im Gegensatz zu dem in den letzten Jahren zu verzeichnende enormen Bevölkerungswachstum (im 2016 Nettozuwanderung der ständigen Wohnbevölkerung von rund 65'000 Personen, ohne Kurzaufenthalter und Asylsuchende) wieder vertretbare Werte erreicht. Zu diesem Zweck ist insbesondere die Anzahl der Erteilung von Bewilligungen für Nichterwerbstätige und Personen aus Drittstaaten massiv zu reduzieren.
- Heute besteht die Gefahr, dass die Flüchtlingsströme aus dem Süden zunehmen. Italien, das völlig überfordert ist, schiebt die Flüchtlinge einfach weiter. In dieser Situation ist es wichtig, dass die Südgrenze der Schweiz intensiv kontrolliert wird und illegal Einreisende konsequent zurückgewiesen werden. Vor allem für das Puschlav und mittelfristig auch für das Münstertal wird dies zum heissen Thema.

Kernanliegen:

- ✓ **Wir verlangen Korrekturen im Sozialbereich. Der Faule darf nicht besser fahren als der Fleissige.**
- ✓ **Die Bemessung des Existenzminimums muss strenger gehandhabt werden.**
- ✓ **Im Grundsatz ist jedes neue Gesetz, welches nicht verabschiedet wird, ein gutes Gesetz.**

Die finanzielle Lage der öffentlichen Hand wird immer prekärer. Von offizieller Seite wird dabei darauf hingewiesen, dass die Einnahmenseite das Problem sei. Dieser These ist entschieden entgegenzutreten: noch nie hat die Ausgabenseite in unserem Staat derart zugenommen wie in den letzten Jahren. Die Einnahmen haben sich dabei weit über der Teuerung bewegt. Neben den Steuern sind die Abgaben massiv erhöht worden.

Die Konsequenzen sind klar: die Bürgerinnen und Bürger werden immer mehr zur Kasse gebeten. Für die Randkantone ist die Situation, die sich daraus ergibt besonders prekär, weil Kürzungen immer die Schwächeren treffen. Mit dem Vorwand, aus finanziellen Gründen gehe etwas nicht, werden heute wichtige Vorhaben für die Rand- und Berggebiete abgeblockt.

Dazu einige Beispiele:

- Entlastung Tourismus durch reduzierten Mehrwertsteuersatz.
- Konzentration der Strassenausgaben auf die Nationalstrassen in den Agglomerationen. Graubünden ist auf eine gute Strassenerschliessung existenziell angewiesen (siehe Abschnitt Verkehrspolitik).
- Seit 2007 hat der Personalbestand beim Bund um 1200 Stellen zugenommen. Die Löhne beim Staatspersonal sind aufgrund neuerer Untersuchungen höher als in der Privatwirtschaft!

Vor allem der Sozialbereich gerät zunehmend aus dem Ruder. Die AHV wird über kurz oder lang in eine Schiefelage geraten, weil das Verhältnis Rentner zu Arbeitenden sich verschlechtern wird. Spätestens ab 2027 dürften in der AHV Defizite entstehen. Diese Relation kann nicht durch Zunahme der Beschäftigten korrigiert werden, weil es hier Grenzen gibt. Auch kann das Problem aufgrund der Konkurrenzsituation mit den Nachbarländern nicht über noch höhere Löhne gelöst werden. Im Argen liegt der Sozialbereich. Es ist dringend nötig, hier Korrekturen vorzunehmen: der Faule darf nicht besser fahren als der Fleissige. Heute ist das nicht der Fall.

Die Fürsorgeleistungen der Gemeinden sind in Anbetracht dieses Systems ins Unermessliche gestiegen. Korrekturen sind dringend nötig, die Bemessung des Existenzminimums muss strenger gehandhabt werden, Missbräuche streng geahndet werden, nicht nur mit bedingten Strafen. Den Gemeinden muss mehr Spielraum eingeräumt werden. Die SKOS-Richtlinien dürfen nicht telquel durchgesetzt werden, weil dadurch „Faule“ mehr verdienen als Arbeitende.

Für den Tourismus entscheidend ist sodann, dass bei den Löhnen etwas geschieht. Die Gesamtarbeitsverträge müssen stärker zwischen Berggebieten und schweizerischen Zentren differenzieren. Das ist auch in andern Branchen so, die Löhne sind nicht in der ganzen Schweiz gleich. Deshalb fordern wir bei den Gesamtarbeitsverträgen für das Berggebiet einen Einschlag von 30%.

Staatliches Handeln unterliegt – aufgrund der öffentlichen Natur – einer speziellen Aufmerksamkeit. Diese wirkt oft dämpfend auf die Anpassungsgeschwindigkeit. Ungeachtet dessen setzen sich Trends aus dem Dienstleistungssektor immer auch in der öffentlichen Verwaltung durch. Daraus lassen sich generell Herausforderungen für den Betrieb im öffentlichen Bereich ableiten. Die vorhandenen Mittel müssen daher möglichst Effizienz eingesetzt werden. Im Grundsatz ist jedes neue Gesetz, welches nicht verabschiedet wird, ein gutes Gesetz.

Kernanliegen:

- ✓ **Wir fordern von den Regierungen der Bergkantone eine klare Opposition gegenüber der heutigen Energiepolitik, da nur mit einer Änderung die Interessen der Bergkantone wahrgenommen werden können;**
- ✓ **Wir verlangen eine harte Haltung bei den Wasserzinsen, indem die Bündner Regierung in Zusammenarbeit mit den übrigen Bergkantonen rasch ein Konzept zur Sicherung der Wasserzinsen erarbeitet (Gegenkonzept zum Bundesbeschluss);**
- ✓ **Wir messen die Befürworter der Energiestrategie an ihrem Versprechen, wonach eine Senkung des Gesamtenergieverbrauchs von 43% keine Verbote und keine Bevormundungen zur Folge habe.**

SVP Graubünden

Von den politischen Parteien nimmt nur die SVP Graubünden eine klare Linie in Energiefragen ein, welche sich an den Interessen der Einwohnerinnen und Einwohner und nicht an Ideologien orientiert. Umso wichtiger ist es, dass wir die im Parteiprogramm skizzierte Kritik hinaustragen und in den öffentlichen Diskussionen thematisieren.

Erläuterungen

Für den Kanton Graubünden und für die Energieversorgungssicherheit der Schweiz ist die Wasserkraft sowohl als Energiespeicher wie auch für die Produktion von Regel- und Bandenergie der Schweiz zentral. Diese Vielseitigkeit ist im Verbund der heute zur Verfügung stehenden Produktionsformen von elektrischem Strom einzigartig. Und die Wasserkraft ist eine der saubersten Stromerzeugungsformen und weist von allen Produktionsformen die mit Abstand beste CO₂-Bilanz auf.

Harte Haltung bei den Wasserzinsen

Für die Nutzung des Wassers sowie wegen der Beeinträchtigungen in der Landschaft wurden Wasserzinsen festgelegt, welche für die Bergkantone und vor allem für die Gemeinden von zentraler Bedeutung sind. Beispielsweise boten die aufgrund der Bedeutung der Wasserkraft ansehnlichen Heimfallentschädigungen den Gemeinden gute Perspektiven.

Die Wasserkraft steht jedoch seit Jahren wegen ideologisch subventionierten ineffizienten Technologien wie Solarzellen und Windräder unter Druck. Für die SVP Graubünden ist es deshalb nicht nachvollziehbar, dass die Bündner Regierung und die Bergkantone nicht Sturm gegen die Energiepolitik des Bundes laufen.

Leider wurde es von den Befürwortern des Energiegesetzes verpasst, für die Zukunft ein realistisches Konzept für die Stromversorgung der Schweiz anzustreben, beispielsweise mittels eines Quotenmodells zur Stärkung der Wasserkraft. Stattdessen soll nun mittels eines Subventionsmonsters fernab jeglicher technischer Realität der Ersatz von Bandstrom mit Flatterstrom erzwungen und die planwirtschaftliche Marktverzerrung zementiert werden.

Senkung des Verbrauchs nur ohne Verbote und Abgaben

Die Befürworter des Energiegesetzes wurden nicht müde zu betonen, dass das Energiegesetz nicht mehr als 40 Franken pro Familie und Jahr kosten werde. Bundespräsidentin Leuthard versprach, auf Steuererhöhungen auf Benzin bis ins Jahr 2035 zu verzichten. Die technologischen Fortschritte seien so massiv, dass es für die Bürgerinnen und Bürger trotz des Zielwertes einer Senkung des Gesamtenergieverbrauchs um 43% keine Verbote, Abgaben und Bevormundungen geben werde. An diesen Worten und Versprechungen, vor allem in Bezug auf Gebühren und Abgaben, wird die SVP die Befürworter messen.

Die Wasserkraft wird für die Stromversorgung wieder an Bedeutung gewinnen. Aber auch eine unrealistisch ausgebaute Wasserkraft kann in keiner Art und Weise die utopischen Speichervorgaben der technisch völlig verfehlten Energiestrategie erfüllen. Dennoch sind die utopischen Erwartungen an die Wasserkraft zentral für die Anliegen der Befürworter der Energiestrategie. Gleichzeitig sind durch die Annahme des Energiegesetzes die Mittel nun im Wesentlichen für ineffiziente Technologien wie Windkraft und Photovoltaik gebunden. Gerade deshalb ist absehbar, dass aus Sicht von Bern wohl eine Senkung der Wasserzinsen angestrebt wird, um die Kosten der Wasserkraft zu senken.

Keine Reduktion der Wasserzinsen!

Entsprechend hat der Bundesrat schon kurz nach Annahme der Energiestrategie einen Bundesbeschluss zur erstmaligen Reduktion der Wasserzinsen in die Vernehmlassung geschickt. Dieses Vorhaben trifft die Gebirgskantone in ihren virtuellen Interessen. Die SVP wehrt sich deshalb vehement gegen dieses Ansinnen, weil es einmal mehr die Bergkantone und deren Gemeinden massiv benachteiligt. Für letztere haben die Einkünfte aus den Wasserzinsen vielfach existenzielle Bedeutung. Zudem steckt der Alpenbogen aufgrund anderer Umstände (Tourismus, Frankenstärke, Folgen der Zweitwohnungsinitiative, etc.) in einer Krise, weshalb nicht noch weitere Einnahmehinwenne ausfälle hingenommen werden dürfen.

Angesichts dieser drohenden Einnahmehinwenneausfälle verlangt die SVP, dass die Bündner Regierung in Zusammenarbeit mit den übrigen Bergkantonen nun rasch ein Gegenkonzept erarbeitet, welche diese geschlossen und mit Nachdruck gegenüber dem Bund vertreten. Dieses darf die bisherigen Leistungen an die Bergkantone in keiner Weise schmälern. Die SVP lehnt deshalb zukünftige Modelle ab, die den Wasserzins in einen Grundanteil und einen marktabhängigen Anteil aufteilt, da damit die bisherigen Leistungen in Frage gestellt würden. Offen steht sie einer Lösung gegenüber, bei dem sich der Wasserzins aus einem Grundbetrag und einem Speicherzuschlag zusammensetzt. Mit einem derartigen Modell würde auch endlich die unterschiedliche Qualität der verschiedenen Energieproduktionsformen (Spitzen-, Regel- und Bandenergie) besser abgebildet.

Klare Position zum Green Deal

Die SVP Graubünden war und ist die einzige Partei, welche sich klar gegen den Green Deal ausgesprochen hat. Es macht keinen Sinn, dass unser Kanton hier einen Sonderzug fährt und mit Abgaben und Steuern unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft belastet. Man spricht hier von zusätzlichen Ausgaben bis 2050 1.5 Milliarden welche nebst dem ordentlichen Haushalt aufgebracht werden müssen. Graubünden als grösster Kanton mit vielen Bergen, Talschaften und weiten Wegen, kann nicht von einem Service Public wie z.B. Zürich profitieren. Wir sind es gewohnt bei jedem Wind und Wetter rechtzeitig beim Arbeitsplatz zu erscheinen. Dazu brauchen wir ein gutes Strassennetz und den Individualverkehr. Eine Dekarbonisierung der Gesellschaft wird aber automatisch zu mehr Stromverbrauch führen. Gleichzeitig werden voraussichtlich ca. 2030 die Atomkraftwerke abgeschaltet. Die SVP Fraktion machte schon früh Vorstösse um die Energiesicherheit in unserem Kanton zu sichern. Wurden jedoch in der Vergangenheit von sämtlich anderen Parteien nicht unterstützt. Nun spricht man für die Überbrückung von Gas- oder Gaskombikraftwerken um die Energiesicherheit zu gewährleisten. Dies bestätigt nun die Haltung der SVP. Der Green Deal ist reine Symbolpolitik und fernab von jeder Strategie. Er wird vor allem eins, viel Kosten und nur ganz wenigen etwas bringen, dem Klima aber sicher nichts nützen. Deshalb lehnt die SVP Graubünden den Green Deal ab.

Kernanliegen:

- ✓ **Wir verlangen, dass aus den Nationalstrassengeldern ein Anteil für Kantone reserviert wird, die bei der Zuteilung von Nationalstrassen unterdurchschnittlich berücksichtigt werden;**
- ✓ **Wir fordern vom Bund die sofortige Umsetzung der beschlossenen Umklassierung der Julierstrasse.**
- ✓ **Wir fordern vom Bund, die Schliessung der Bahnlücken Scuol-V.M.-Mals, Scuol-Landeck und später Münstair- Bormio und damit die Einlösung der bundesrätlichen Versprechens einer Ostalpenbahn. Die Anbindung ans internationale ÖV-Netz muss auch in Graubünden gewährleistet sein.**
- ✓ **Wir verlangen, dass die Beiträge an den Bau und Unterhalt der Hauptstrassen mindestens auf dem heutigen Niveau erhalten bleiben;**
- ✓ **Wir erwarten vom Kanton, dass gute Rahmenbedingungen, wie Richtplananpassungen, für die Umsetzung von Zukunftsprojekten von Bergbahnunternehmen und Regionen vorangetrieben und unterstützt werden.**

SVP Graubünden

Die SVP Graubünden wehrt sich vehement gegen Trend, die flächendeckende Grunderschliessung durch den Bund abzubauen. Vielmehr verlangen wir vom Bund eine gerechte, alle Landesteile berücksichtigende Verkehrspolitik.

Erläuterungen

Die Verkehrsinfrastrukturen sind der Lebensnerv einer Volksgemeinschaft und ermöglichen erst wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Ohne gute Verkehrsinfrastrukturen ist eine Volkswirtschaft nicht wettbewerbsfähig. Graubünden läuft immer mehr Gefahr, in Bezug auf die Verkehrsinfrastrukturen ins Hintertreffen zu geraten. Die dadurch verbundene Schwächung unserer Volkswirtschaft macht die Besiedlung und Bewirtschaftung unseres Berggebietes immer schwieriger. Die Verkehrspolitik hat deshalb für die Zukunft unseres Kantons eine zentrale Bedeutung.

Grundsätzlich muss ein Land flächendeckend eine Grunderschliessung sicherstellen. Leider hat er Bund in den letzten Jahren diesen Grundsatz immer mehr vernachlässigt.

Strassen

Bei der Strassenfinanzierung richtet sich der Bund vor allem auf die Bedürfnisse der Grossagglomerationen unseres Landes aus. In diesen Gebieten werden auch vom Bund die meisten der vom Bund zu 100% finanzierten Nationalstrassen angeboten. Demgegenüber werden in den Randregionen auch wichtige Strassen nur als Hauptstrassen mit hohen Kosten für die Kantone klassiert.

- Aus den Nationalstrassengeldern ist ein Anteil für Kantone zu reservieren, die bei der Zuteilung von Nationalstrassen unterdurchschnittlich berücksichtigt werden. Die Verteilung dieser Mittel hat den %-Anteil an Nationalstrassen im Verhältnis zu den Hauptstrassen und die Länge des Hauptstrassennetzes zu berücksichtigen.
- Die bereits 2011 im Grundsatz beschlossene Umklassierung der Julierstrasse ist endlich umzusetzen. Dabei ist eine Verlängerung dieses Nationalstrassenteiles bis zur Grenze (Castasegna) durchzusetzen. Diese Forderung ist umso berechtigter, als alle Grenzkantone über Nationalstrassenverbindungen zum Ausland verfügen. Des Weiteren ist die Aufnahme des Strassenteils des Vereinatunnels in das Nationalstrassennetz zwecks Finanzierung des Ausbaus des Autoverlad-Teils mittels Strassengeldern anzustreben.

- Die Beiträge an den Bau und Unterhalt der Hauptstrassen sind mindestens auf dem heutigen Niveau zu halten.
- Surselva-Strasse als Nationalstrasse. Die SVP Graubünden unterstützt die Idee, eine Nationalstrasse West-Ost durch die Alpen zu realisieren. Vom Wallis her inklusiv Furkaverlad besteht die Verbindung bis Uri. Entsprechend hart verurteilt die SVP die vom BAV per 2023 geplante Einstellung des Autoverlads Oberalp-Sedrun. Es ist nicht einzusehen, warum im Unterland alle Zentren mit optimalen, durch den Bund finanzierten Strassen erschlossen werden, das Berggebiet, das sowieso über schlechtere Rahmenbedingungen verfügt, vernachlässigt wird. Deshalb: nicht nur im Tiefland und Nord-Süd, auch im Berggebiet West-Ost (Martigny-Chur eine national finanzierte Strassenverbindung!

Öffentlicher Verkehr

Im Bahnverkehr ist es das gleiche Bild feststellbar: während die übrige Schweiz weitgehend durch die SBB mit wenig Folgekosten für die Kantone erschlossen und grosszügig bedient wird, muss der Kanton Graubünden wesentliche Kosten für seine Bahnerschliessung selbst finanzieren, obwohl trotz grosser Anstrengungen die Erschliessungsqualität zu wünschen lässt.

Bei der Bahn sind Innovationen, wie sie heute bei der SBB üblich sind, auch bei der RhB durch Erhöhung der Beiträge zu ermöglichen. Dabei müssen auch Visionen geprüft und allenfalls umgesetzt werden.

- Optimierungen auf dem ganzen Streckennetz mit dem Ziel, die Fahrzeiten spürbar zu Reduzieren (Ausbau Doppelspur insbesondere im Prättigau);
- Die von der SP seinerzeit durchgeboxten Kapazitätseinschränkungen am Vereina wirken sich heute negativ auf den Tourismus aus. Deshalb sind Massnahmen wie eine durchgehende Doppelspur – zur Effizienzsteigerung zu prüfen. Insbesondere ist auch zu prüfen, mit welchen Massnahmen für Lastwagen bessere Verladungsmöglichkeiten geschaffen werden können;
- In Bezug auf Streckenerweiterungen befürwortet die SVP eine Verbindung der zwei bedeutenden Talschaften Landwassertal - Schanfigg nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, aber zwecks Erstellung eines Ringschlusses, welches dem Verkehr, aber auch der Stromversorgung dient. Zur Verbesserung der internationalen Anbindung erachtet die SVP eine Umsetzung des Alpenbahnkreuzes, das heisst die Verbindungen Scuol-Val Müstair-Mals wie Scuol-Landeck und später Müstair-Bormio als zukunftsweisend, damit die Wirtschaftsgrossräume wie München, Innsbruck, Mailand, Venedig mit Graubünden verbunden werden. Zudem entsteht mit der Schliessung der Bahnücke Scuol-Mals eine touristisch hochattraktive Strecke von Venedig entlang von 9 UNESCO Weltkultur Stätten bis nach Zermatt (boomendes Tourismusgeschäft). Die fehlenden Teilstücke sind bis spätestens 2022 beim Bund einzugeben.
- Realisierung einer Tunnelverbindung Surselva – Andermatt;
- Sanierung Strecke Silvaplana-Casaccia: Wintersicherheit sowie Scheiteltunnel Maloja;
- Chur: Umfahrung Verkehr Arosa (Brücke);
- Eine Optimierung des Flugplatzes Samedan wird befürwortet und verdient kantonale Unterstützung.

Kernanliegen

- ✓ Wir betrachten die Erziehung grundsätzlich als Sache der Eltern und die Ausbildung als Sache der Schule;
- ✓ Wir setzen uns dafür ein, dass Integration nur dann stattfindet, wenn es für den Einzelfall Sinn macht, die Regelklasse nicht darunter leidet und die notwendigen Kosten in einem vernünftigen Rahmen bleiben.
- ✓ Wir setzen uns dafür ein, dass die Kantone und damit die Bürgerinnen und Bürger selber über ihr Schulwesen bestimmen können;
- ✓ Wir verlangen, dass der Unterricht in der Volksschule nach klaren und verbindlichen Lernzielen in den Kernfächern leistungsorientiert geführt wird;
- ✓ Wir erwarten, dass Disziplin und Ordnung im Klassenzimmer und auf dem Schulgelände als Teil der Ausbildung betrachtet werden;
- ✓ Wir verlangen, dass die Berufslehre gegenüber der allgemeinbildenden Mittelschule aufgewertet wird;
- ✓ Wir setzen uns dafür ein, dass die Hochschulen eine führende Stellung im globalen Bildungsmarkt haben.

SVP Graubünden

Die SVP Graubünden betrachtet die Ausbildung auf allen Ebenen als wichtigen Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung. Die Interessen der Auszubildenden und nicht ideologische oder politische Überlegungen bestimmen den Inhalt der Ausbildung. Die Partei setzt sich für eine leistungsorientierte Ausbildung, welche die Berufsausbildung gleichwertig wie die gymnasiale Ausbildung behandelt.

1. Volksschule

Ein leistungsfähiges Bildungswesen ist Grundlage für Entwicklung und Wohlstand unseres Bergkantons. Die Volksschule soll sich auf den Bildungsauftrag konzentrieren dürfen, statt sich zunehmend in die Erziehung der Kinder einmischen zu müssen. Nachdem der Lehrplan 21 nun eingeführt ist, soll die Reformhektik in der Volksschule endlich mal ein Ende haben.

Die Integration stellt sowohl personell wie auch finanziell eine enorme Belastung dar. Kommt hinzu, dass sie nicht in allen Fällen die beste Lösung für die betroffenen Kinder darstellt und die Regelklasse oft darunter leidet. Der Integration aufgrund ideologischer Prinzipien ist Einhalt zu gebieten. Stattdessen soll jeder Einzelfall genau angesehen werden. **Beim Entscheiden für oder gegen eine Integration sind die Meinungen der betroffenen Klassenlehrperson und der Schulleitung stärker zu gewichten.**

Die Hoheit der Kantone über die Volksschule ist ein Grundpfeiler unseres Bildungswesens. Es sollen gesichertes Grundwissen und Grundfertigkeiten vermittelt werden. Die kantonalen Lehrpläne müssen klare und verbindliche Lernziele bzw. Kompetenzen vorgeben. Leistung und Qualität sind auf jeder Schulstufe zu fordern und zu fördern. Ohne Ordnung, Disziplin und Leistungswille gibt es keinen Erfolg. Die Lehrer müssen gestärkt und mit Methoden- und Lehrmittelfreiheit ausgestattet werden. **Das bewährte Klassenlehrersystem ist unbedingt beizubehalten.**

2. Duales Bildungssystem

Die heutige Berufsausbildung mit betrieblicher Lehre und öffentlicher Berufsschule hat sich bewährt und ist anderen Modellen überlegen. Sie gilt deshalb im Ausland zunehmend als nachahmenswerte Ausbildungsform. **Die Lerninhalte der Ausbildungsgänge an den Berufsschulen müssen zusammen mit der Wirtschaft praxisorientiert festgelegt**

werden und sind den tatsächlich im Berufsleben nachgefragten Qualifikationen laufend anzupassen. Die Berufsbildung ist aufzuwerten. Den mathematisch-naturwissenschaftlichen und technischen Fächern sowie der Kenntnis über wirtschaftliche Zusammenhänge muss in der Bildung mehr Platz eingeräumt werden. An den dezentralen Berufsschulstandorten ist festzuhalten.

3. Mittelschulen

Die SVP Graubünden lehnt eine Abschaffung der Aufnahmeprüfung Mittelschulen ab. Die Politik muss Chancengleichheit sichern und dass kompetente wie geeignete SuS eine Mittelschule und anschliessend eine Fachhochschule oder Universität besuchen können.

Zudem soll eine Korrelation zwischen erfolgreicher Aufnahmeprüfung und erfolgreichem Abschluss einer Mittelschule gegeben sein.

Der Bildungsbericht Schweiz 2018 zeigt klar auf, dass Aufnahmeverfahren mit einer Prüfung zur Selektion leistungsfähiger und -williger SuS bessere Resultate erzielen als Aufnahmeverfahren ohne Prüfung. Auch zeigt sich, dass weniger SuS mit ungenügenden Kompetenzen ins Gymnasium aufgenommen werden.

Wir sind der Meinung, dass SuS des obersten Leistungssegmentes nicht nur Prüfungssituationen aktiv durchleben, sondern auch daran wachsen sollen.

Eine Änderung des Übertrittsverfahrens in die Bündner Mittelschule würde zu keiner Qualitätssteigerung führen, jedoch im Rahmen des an der Primarschule folgenden Übertrittsverfahrens den Druck auf die Klassenpersonen massiv erhöhen.

4. Schädliche Akademisierung

Auch in der höheren Bildung läuft einiges schief. Die Akademisierung der Ausbildung führt zu einer Inflation von akademischen Abschlüssen und Titeln. Dies führt zu höheren Ausgaben, erhöht aber nicht den Wert der Ausbildung, ausser, dass gemäss Statistik mehr Menschen sogenannt „hochqualifiziert“ sind. **Die Hochschullandschaft Graubünden sollte sich im Sinne einer konsequenten Ausrichtung von Bildung, Wirtschaft und Forschung verstärkt auf die Aus- und Weiterbildung von dringend benötigten Fachkräften der hier angesiedelten Unternehmungen zu konzentrieren.**

4. Kosten explodieren

Die von «Bildungsexperten» angetriebene permanente Reformwut führt dazu, dass die Ausgaben auf allen Stufen explodieren, ohne einen nennenswerten Mehrwert zu erzeugen. **Mehr Geld in der Bildung bedeutet nicht automatisch eine bessere Bildung.** Die Leidtragenden dieser Entwicklung sind nicht nur die mit administrativem Aufwand überhäufteten Lehrpersonen, sondern auch die Lernenden. Dauerreformen nutzen die Lehrpersonen ab, machen ihren Beruf weniger attraktiv, bereiten die Schüler immer weniger auf die Lehre und das Studium vor und überfordern Eltern und Kinder.

Kernanliegen:

- ✓ **Wir setzen uns für eine produzierende Landwirtschaft ein, welche die Bevölkerung mit gesunden, marktnah produzierenden Nahrungsmitteln versorgt;**
- ✓ **Wir erwarten, dass dem Erhalt von Kulturland grosse Sorge getragen wird;**
- ✓ **Wir anerkennen, dass der Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen, die Pflege der Kulturlandschaft und die Förderung der Alpwirtschaft für unseren Kanton von grosser Bedeutung sind und Förderbeiträge für diese Leistungen so auszugestalten sind, dass ein angemessenes Einkommen für die Bauern sichergestellt werden kann;**
- ✓ **Wir halten am Ziel einer dezentralen Besiedlung als Teil der Agrarpolitik fest;**
- ✓ **Wir verlangen bei der Regulierung der Grossraubtiere mehr Spielraum durch den Kanton.**

SVP Graubünden

Die SVP Graubünden setzt sich konsequent für gute Rahmenbedingungen zugunsten einer produzierenden Landwirtschaft ein, weil nur so der Kanton seine wirtschaftliche und kulturelle Vielfalt auch in Zukunft erhalten kann und ein Beitrag zur Ernährungssicherheit geleistet werden kann.

Erläuterungen

Ernährungssicherheit

Zur Sicherstellung der Versorgung unserer Bevölkerung mit qualitativ guten Lebensmitteln in ausreichender Menge braucht es eine produzierende Landwirtschaft. Ziel muss es nach Ansicht der SVP sein, den Hauptteil des Lebensmittelbedarfes unserer Bevölkerung durch einheimische Produktion sicherzustellen. Dies ist zu erreichen durch entsprechende Fördermassnahmen im Inland sowie einen ausreichenden Importschutz. Die wortwörtliche Umsetzung des Verfassungsartikels 104a Ernährungssicherheit ist darum zwingend.

In letzter Zeit ist im Rahmen der Annäherung zur EU aber auch auf WTO-Ebene insbesondere der Importschutz immer mehr in Frage gestellt worden. Es ist klar, dass eine vollständige Aufhebung des Importschutzes das Ziel der Ernährungssicherheit in unserem Land unerreichbar macht, weil sowohl aus finanziellen Gründen aber auch aufgrund der bestehenden internationalen Verträge die Fördermassnahmen im Inland nicht entsprechend ausgebaut werden können.

Erhaltung der Lebensgrundlagen & Pflege der Kulturlandschaft

Diese Zielsetzung ist für unseren Kanton von grosser Bedeutung. Dies auch aus touristischen Gründen. Es geht darum, die flächendeckende Bewirtschaftung in nachhaltiger Art und Weise, das heisst auf natürlicher Grundlage, sicherzustellen. Wichtig sind dabei vor allem auch Massnahmen zur Förderung der Alpwirtschaft, die drohende Vergandung vieler Alpen ist dringend zu verhindern. Dabei sind die Förderbeiträge zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und Pflege der Kulturlandschaft so auszugestalten, dass ein angemessenes Einkommen für die Bauern sichergestellt werden kann. Um dieses Ziel zu erreichen ist die Sicherung einer wirtschaftlichen Produktion mittels guter Erschliessung der bewirtschafteten Flächen und Güter von grosser Bedeutung.

Dezentrale Besiedlung

Die landwirtschaftliche Bevölkerung nimmt eine zentrale Rolle bei der flächendeckenden Besiedlung unseres Landes, insbesondere der Berggebiete ein. Voraussetzung dafür ist eine auf Familienbetriebe ausgerichtete vernünftige Betriebsgrösse und auch Teilzeitbetriebe. Nur damit kann die Besiedlung und die Bewirtschaftung unserer Bergtäler in Zukunft auf einem angemessenen Niveau aufrechterhalten werden. Dazu gilt es Sorge zu tragen, denn einmal verlassene Siedlungen und brachliegende Gebiete lassen sich kaum mehr revitalisieren. Unserer Agrarpolitik kommt hier

eine zentrale Rolle zu: die Qualitäten der Berggebieten auch zukünftigen Generationen als qualitativ hochstehenden Lebensraum zu erhalten.

Grossraubtiere - Kanton braucht mehr Spielraum

Die Anzahl Grossraubtiere, insbesondere die Anzahl der Wölfe hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Ohne Regulation wird sich der Wolfsbestand alle zwei bis drei Jahre verdoppeln. Die SVP Graubünden fordert vom Bund ein angepasstes und zielführendes Wolfsmanagement. Die Herdenschutzmassnahmen stossen an ihre Grenzen und ein Ausbau auf das Grossvieh ist abzulehnen und nicht umsetzbar. Eine Regulation ist unumgänglich, ansonsten ist die Existenzgrundlage vieler Alp- und Landwirtschaftsbetriebe gefährdet und die Entvölkerung ganzer Bergtäler nicht aufzuhalten.

Kernanliegen

Dafür setzen wir uns von der SVP ein:

- ✓ Für Freiheit, Innovation, Wohlstand und Arbeitsplätze im ganzen Kanton.
- ✓ Für tiefe Abgaben, Gebühren und Steuern und weniger Regulierungen. Wo nötig, setzen wir auf Branchenlösungen.
- ✓ Für die Weiterführung des reduzierten Mehrwertsteuer-Sondersatzes für Beherbergungsbetriebe;
- ✓ Für einen freien Arbeitsmarkt mit flexiblen Arbeitszeiten für Freizeitbetriebe und im Tourismus. Zusätzliche "flankierende Massnahmen", Kontrollbesuche und Verstaatlichungen lehnen wir ab.
- ✓ Für tiefe Lohnabzüge und eine nachhaltige Altersvorsorge (AHV, 2. Säule).
- ✓ Für die Berufsbildung und die berufliche Weiterbildung. Fachhochschulen sollen eine gleichwertige Anerkennung und Unterstützung erhalten wie Universitäten und die ETHs.
- ✓ Dass aus dem Ausland benötigte Fachkräfte zielgerichtet, einfach, unbürokratisch und schnell rekrutiert werden können. Die bürokratische Stellenmeldepflicht lehnen wir ab.
- ✓ Die öffentliche Hand darf private Unternehmen nicht konkurrieren und auch deren Arbeitskräfte nicht mit attraktiveren Konditionen (höhere Löhne, mehr Sozialleistungen, Ferien, Vaterschaftsurlaube, Pensionsleistungen etc.) abwerben.
- ✓ Für eine Vergabe der öffentlichen Beschaffungen im Kanton (Ausschöpfen aller Möglichkeiten im öffentlichen Beschaffungswesen).
- ✓ Für eine wirtschaftliche Entwicklung auch ausserhalb der Peripherie und für Massnahmen zur Verhinderung der Abwanderung in den Berggebieten.
- ✓ Für einfache und beschleunigte Bewilligungsverfahren. Die Einspracheverfahren müssen wieder auf die direkt Betroffenen beschränkt und zeitlich gestrafft (weniger Rekursmöglichkeiten) werden. Keine Anrufmöglichkeit von internationalen Gremien.
- ✓ Für die Bereitstellung von ausreichend Boden zu vernünftigen Konditionen für Industrie, Gewerbe sowie für Erst- und Zweitwohnungen, auch ausserhalb der Peripherie.
- ✓ Für eine sichere und günstige Energieversorgung. Die für den Kanton Graubünden wichtigen Wasserzins-Einnahmen sollen bestehen bleiben. Kanton und Gemeinden müssen in ihren unternehmerischen Entscheiden bezüglich eigener Wasserkraftwerke frei sein.
- ✓ Für eine verantwortungsvolle Klimapolitik statt massiver Verteuerungen und Regulierungen. Gerade im Tourismus sind die Mobilität und die Energie zu erschwinglichen Kosten relevant.
- ✓ Für einen verbesserten Zugang zu Finanzierungen in der Hotellerie (z.B. für Renovation, Sanierung, Umbau) und für die Tourismusförderungsmassnahmen des Bundes.
- ✓ Für eine starke Vertretung der Anliegen des Kantons Graubünden in Bern.

SVP Graubünden

Die SVP Graubünden setzt sich dafür ein, dass Arbeitsplätze im ganzen Kanton mit innovativen, überzeugenden Konzepten und vorteilhaften Rahmenbedingungen erhalten sowie weitere neu geschaffen werden. Die SVP unterstützt privatwirtschaftliche Lösungsansätze und initiierte Innovationen. Teure externe Studien und schöne Worte helfen nicht weiter, um wirtschaftliche Schwierigkeiten im Kanton aufgrund der geographischen Lage, des starken Frankens, der hohen Lohnkosten, der Zweitwohnungsbeschränkung, des ausländischen Lohndrucks und der steigenden sozialen Abgaben zu bewältigen.

Erläuterungen

1. Tourismus

Der Bündner Tourismus leidet unter den folgenden faktengestützten Trends:

- Zahlreiche touristische Infrastrukturen sind renovationsbedürftig. In verschiedenen Regionen fehlt eine zeitgemässe Hotellerie.
- COVID-19 hat viele Betriebe herausgefordert. Vor allem die Standorte mit ausländischen Touristen (insbesondere aus Übersee) oder mit Kongress- und Geschäftstourismus litten. Substanz ging verloren, auch bezüglich Personal.
- Innovationsgelder und öffentliche Unterstützungen werden planlos, ohne konkrete Ziele und teilweise nach persönlicher Sympathie verteilt. Stattdessen braucht es reale Projekte mit nachhaltigen Erfolgsaussichten.
- Verschiedene Rahmenbedingungen, Projekte und Vorhaben schränken die Tourismusbranche in vielen Entscheidungen ein. Einsprachen, vorab von Umweltorganisationen, blockieren wichtige und systemrelevante Projekte oft jahrelang und schrecken Investoren und innovative Köpfe ab.
- Der Tourismus kämpft gegen die günstige ausländische Konkurrenz. Aufenthalte werden kurzfristiger und wetterabhängiger gebucht und die Aufenthaltsdauer ist kürzer. Flexibilität, gerade im Personalaufwand, wird deshalb immer wichtiger.

Worum geht es?

a) Entlastung der Hotel- und Gastronomiebetriebe: Die Reduktion mit dem Sondersatz für Gastronomie und Hotellerie bringt laufende Entlastung für die Branche. Dank den SVP-Parlamentariern in Bern wurde der reduzierte Mehrwertsteuersondersatz weiter verlängert.

b) GAV-Erleichterungen für das Berggebiet: Es braucht in den GAV flexiblere Arbeitszeiten (Saisonbetriebe) und flexiblere Löhne für die Berggebiete. Der aktuelle gesamtschweizerische GAV erfüllt die Anforderungen unseres Berggebietes zu wenig. Die SVP hat bisher jeden weiteren Ausbau der flankierenden Massnahmen und mehr Kontrollen erfolgreich verhindert.

c) Eigenständigkeit der Hotellerie: Die Preise und das Marketing müssen wieder selbständig festgelegt werden können. Die Buchungsplattformen sollen keine Knebelverträge unter Auspielen ihrer Marktmacht abschliessen können. Dies hat die SVP in Bern erfolgreich eingebracht.

2. Wirtschaft

Die Hauptwertschöpfung bringen im Kanton Graubünden der tertiäre (71%) und der sekundäre Sektor (24%). Diese zwei Sektoren schaffen zusammen Arbeitsplätze für rund 120'000 Beschäftigte. 44% aller Arbeitsplätze konzentrieren sich auf die drei nördlichen Bündner Regionen Landquart, Plessur und Imboden (Churer Rheintal). Die wichtigsten Wirtschaftszweige für Graubünden sind der Bau, die Beherbergungsindustrie, das Gastgewerbe und das Gesundheitswesen.

Worum geht es?

Auch ausserhalb der Peripherie sollen Arbeitsplätze gesichert werden und neue entstehen. Die aktuelle Regierung verfolgt aber explizit eine "Zentrumspolitik". Die SVP ist damit nicht einverstanden. Auch in den Berggebieten sollen Ausbildung, Arbeitsplätze und Freizeitaktivitäten möglich sein. Die Erschliessung ist entsprechend sicherzustellen. Die Wohnqualität soll gewährleistet bleiben. So kann der Abwanderung, insbesondere von jungen Leuten, entgegengewirkt werden.

Kernanliegen

Dafür setzen wir uns von der SVP ein:

- ✓ **Schutzkonzepte sollen dort zur Anwendung kommen, wo sie sinnvoll und nötig sind. Insbesondere ältere Leute und Risikogruppen sollen konsequent geschützt werden. Der Rest der Gesellschaft muss so rasch wie möglich zur Normalität zurückkehren können.**
- ✓ **Bei allen Massnahmen sind die Auswirkungen auf Gesundheit, Wirtschaft und Gesellschaft zu evaluieren und die Verhältnismässigkeit zu prüfen. Es sind die Massnahmen mit dem geringsten Schaden und nur so lange wie nötig umzusetzen.**
- ✓ **Die vom Bundesrat verhängte "ausserordentliche Lage" ist aufzuheben. Massnahmen sind wieder im demokratischen Rechtssetzungssystem zu verfügen (Einbezug Parlament, Kantone und Volk).**
- ✓ **Systematische Kontrollen an den Landesgrenzen zur Verhinderung der Einführung von COVID-19 von aussen, sind vorzunehmen.**
- ✓ **Wir wehren uns als einzige Partei gegen eine Impfpflicht.**
- ✓ **Der Bund hat sich über Ansteckungsmechanismen, Impfwirkung, sowie Gefährdung und Risikogruppen genauer zu informieren und fundiertere Prognosen auf Spital- und Intensivpflege-Auslastungen zu erstellen.**
- ✓ **Der Bund hat vorausschauend und faktenbasiert zu handeln und die Bevölkerung offen und ehrlich zu informieren.**
- ✓ **Der Bürgerin und dem Bürger ist wieder eine Eigenverantwortung zu übertragen und die Mündigkeit zuzugestehen.**
- ✓ **Der Bund hat das Volk zu einen und nicht zu spalten.**

SVP Graubünden

Als einzige Partei hat die SVP Graubünden von Anfang an eine klare Strategie zur Eindämmung des Coronavirus vorgelegt. Bereits Ende März 2020 forderte sie, Risikogruppen zu schützen und gleichzeitig die Wirtschaft und den Rest der Gesellschaft möglichst wenig einzuschränken. Ebenso klar ist auch die Haltung der SVP zum Impfen: Wer sich impfen lassen will, soll dies tun. Und wer sich nicht impfen lassen will, soll nicht dazu gezwungen werden. Die Entscheide von beiden Bevölkerungsgruppen sind zu respektieren.

Erläuterungen

Der Bundesrat verpasste es zu Beginn der Pandemie, besonders gefährdete Menschen - z.B. in Alters- und Pflegeeinrichtungen- zu schützen. Auch in der Folge war das Krisenmanagement des Bundesrates von Pannen, Fehlaussagen, Widersprüchen, Willkür und unverhältnismässigen Massnahmen geprägt. Zu Beginn der zweiten Welle verfügten Gastronomie, Hotellerie sowie Kultur- und Freizeitbereiche längst über gut funktionierende Schutzkonzepte. Aufgrund der nochmaligen Schliessung ganzer Branchen wurden und werden erneut Kosten in Milliardenhöhe für finanzielle Hilfen und Verlängerung der Kurzarbeit gesprochen. Ohnehin bereits gebeutelte Branchen wurden nochmals und werden weiterhin hart getroffen.

Die Krankenkassenprämien sind in den letzten 20 Jahren durchschnittlich 4% angestiegen. Eine nachhaltige Trendwende ist nicht in Sicht. Im Gegenteil: Wenn die Generation der «Babyboomer» altershalber in die teuren Spital- und Pflegeheimjahre kommt, muss mit einer noch nie dagewesenen Kostenexplosion gerechnet werden. Zugleich hält der Bundesrat fest, dass rund 20% der Leistungen unnötig und damit überflüssig sind. Der Handlungsbedarf für eine Krankenversicherung, welche die Bevölkerung auch im Jahre 2030 noch bezahlen kann, ist deshalb mehr als ausgewiesen. Das Langfristziel muss eine qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung sein, die für die Bevölkerung bezahlbar ist.

Die SVP Graubünden verlangt zu diesem Zweck folgende Massnahmen:

- 1. Echten Wettbewerb unter allen Spitälern (öffentlich & privat) ermöglichen für mehr Qualität zu besseren Preisen**
Der Wettbewerb bietet die beste Gewähr, dass sich auch im Gesundheitsbereich bessere Qualität und günstigere Preise durchsetzen. Wenn im Gesundheitsbereich beim Preis-Leistungsverhältnis eine echte Transparenz herrscht, werden sich die besten Spitäler durchsetzen.
- 2. Interessenkonflikte der Kantone reduzieren und teure Überversorgung abbauen durch regionale Versorgungsplanung**
Je mehr medizinische Strukturen vorhanden sind, desto mehr unnötige und fragwürdige Eingriffe, Analysen und Präparate werden zu Lasten der Krankenversicherung verrechnet. Was für einen Kanton «Wirtschaftsförderung» bedeutet, verursacht für die Prämienzahler überflüssige Kosten.
- 3. Ambulant vor stationär (AVOS) verbunden mit einem Abbau kalter Spitalbetten rasch fördern**
Mit der laufenden Verlagerung von medizinischen Eingriffen in den in der Regel kostengünstigeren ambulanten Spitalbereich muss im stationären Bereich die Bettenzahl reduziert werden. «Kalte Betten» bedeuten nicht nur unnötig hohe Betriebskosten zu Lasten der Allgemeinheit. Es besteht auch der permanente Fehlanreiz, diese Betten mit unnötig operierten Patienten zu belegen.
- 4. Erhöhung der Minimal- und Maximalfranchisen sowie der Selbstbehalte zwecks Förderung der Eigenverantwortung**
Auch die Patientinnen und Patienten tragen eine Verantwortung, um unnötige Behandlungen zu vermeiden. Eine angemessene persönliche Kostenbeteiligung hilft am besten, Spital- und Arztbesuche wegen Bagatellen zu unterlassen sowie überflüssige Massnahmen von Spitälern und Ärzten zu hinterfragen.
- 5. Konsequente Verschreibung von Generika mit dem Ziel der gleichwertigen Versorgung zu bezahlbaren Preisen**
Gibt es gleichwertige Medikamente, soll die Krankenversicherung nur diese bezahlen. Jedermann bleibt frei, ein teures Originalpräparat zu verlangen, muss dann aber die Differenz bezahlen.
- 6. Förderung integrierter Versorgungsmodelle, Ärztenetzwerke und Zweitmeinungen**
Integrierte Versorgung und Ärztenetzwerke können bessere Qualität zu tieferen Kosten gewährleisten. Sie sollen mit geeigneten Rahmenbedingungen ebenso gefördert werden wie sinnvolle Zweitmeinungen vor teuren Operationen etc.
- 7. Förderung der Vertragsfreiheit, sofern regionale und fachliche Versorgung sichergestellt sind**
Heute muss die Krankenversicherung mit allen Leistungserbringern Verträge abschliessen und damit auch überflüssige medizinische Strukturen und Angebote bezahlen. Diese Über- und Fehlversorgung leistet nicht nur ungenügender Qualität Vorschub, sondern treibt auch

die Prämien in die Höhe. Ist die Versorgung in einer Region gesichert, soll der strikte Vertragszwang deshalb gelockert werden mit den Auswahlkriterien Qualität und Effizienz.

8. Preise für Laboranalysen, medizinische Hilfsmittel und Geräte werden nicht länger vom Staat administriert, sondern dem freien Wettbewerb ausgesetzt

Hilfsmittel und medizinische Geräte verzeichnen in der Schweiz überhöhte, vom Staat festgesetzte «Maximalpreise». Bei den Laboranalysen herrscht teilweise ein Innovationsstau, gleichzeitig werden veraltete Produkte unnötig weitergeführt und damit auch weiterfinanziert. Nach jahrelangen Diskussionen soll der freie Wettbewerb eine Chance erhalten, hier für günstigere und bessere Alternativen zu sorgen.

9. Förderung der Verbreitung von Fallpauschalen im ambulanten Bereich, um überflüssige Leistungen einzudämmen

Werden eine Operation oder ein komplexer Eingriff pauschal abgerechnet, reduziert sich der Anreiz von Spitälern und Ärzten, unnötigen Analysen und Massnahmen vorzunehmen oder gar missbräuchlich abzurechnen.

10. Einheitliche Finanzierung der ambulanten und stationären Leistungen der Krankenversicherung (EFAS)

Weshalb sollte der Kanton die teuren stationären Leistungen subventionieren, die günstigeren ambulanten Massnahmen hingegen nicht? Dies führt zu Fehlanreizen. Ausser der Langzeitpflege, die anderen Grundsätzen folgt, soll die Finanzierung aller Gesundheitsleistungen – egal ob stationär oder ambulant – deshalb einheitlich erfolgen.

11. Stopp der übermässigen Akademisierung der Pflege – mehr Pflege weniger Bürokratie

Die Professionalisierung – die alle Berufstätigen laufend betrifft – wird oft und fälschlicherweise mit Akademisierung gleichgesetzt. Die Akademisierung führt nicht nur zum Ausschluss vieler geeigneter Personen aus den Pflegeberufen, sondern zu teuren, unnötigen Hierarchien und administrativen Leerläufen.

12. «Krankenversicherung light» für Personen des Asylbereichs: reduzierte Leistungen mit Finanzierung durch den Bund

Für Personen, die über kein anerkanntes Aufenthaltsrecht in der Schweiz verfügen, sollte ein separater Krankenversicherungsbereich „light“ des Bundes geschaffen werden. Dieser soll die Krankenversicherung der übrigen Bevölkerung finanziell nicht belasten. Damit könnte auch der unerwünschte „Medizinaltourismus“ mit vorgeschobenen Asylgesuchen besser unterbunden werden.